

## Die Mietssteigerungen.

Aus der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wandte sich in der gestrigen Sitzung mit der Anfrage an den Magistrat, welche Stellung er zu den Mietssteigerungen einnehme, die die Hausbesitzer gegenwärtig durchsetzen und durch die der Mangel an kleinen Wohnungen sehr bald noch stärker werden würde als bisher.

Stadtv. Ragenstein (Soz.) legte den Standpunkt seiner politischen Freunde dar. Die Unzufriedenheit weiter Kreise über die allgemeine Teuerung wachse beständig und man sollte sie durch plötzliche Mietssteigerungen nicht noch vergrößern. Es müßten dagegen gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Wenn es einzelnen Hausbesitzern schlecht gehe, so sollte man aus allgemeinen Mitteln für sie sorgen.

Oberbürgermeister Dr. Scholz erwiderte, daß es einen außerordentlich starken Eingriff in die Privatwirtschaft bedeuten würde, wollten die Behörden hier eingreifen. Zur Sache selbst könne er mitteilen, daß dieser Tage eine Besprechung der Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und einiger anderer Persönlichkeiten mit dem Oberkommandierenden in den Marken stattgefunden habe. In dieser Aussprache wurde von den Befragten dargelegt, daß eine allgemeine Notlage, die zu einem Einschreiten gegen Mietssteigerungen zwingt, nicht vorliege. Die Mietssteigerungen seien nicht so allgemein, daß sie zu bedenklichen Zuständen führen könnten. Ein gleichmäßiges Einschreiten ist nach der Meinung der Teilnehmer der Besprechung nicht zweckmäßig. Eine Entscheidung habe der Oberkommandierende in den Marken allerdings noch nicht gefällt. Dann machte der Oberbürgermeister von einer Besprechung der Mitglieder des Mietseinnigungsamtes von Charlottenburg Mitteilung, das ebenfalls zu einer Ablehnung besonderer Maßnahmen gekommen sei. Man müsse anerkennen, daß der Hausbesitzer heute unter allen Teuerungen ebenso leide wie die übrigen Teile der Bevölkerung.

In der Erörterung wurde von der Mehrheit der Versammlung ebenfalls jedes gesetzliche Vorgehen gegen die Mietssteigerungen verworfen. Vorher hatte es eine längere Aussprache über die Zuwahl von Frauen in die städtischen Deputationen gegeben. Nachdem der Magistrat die weitergehenden Wünsche der Versammlung abgelehnt hat, ist in der Ausschuß-Sitzung eine Einigung zustande gekommen, nach der in eine Reihe von Deputationen eine oder zwei und in einer Deputation drei Frauen gewählt werden sollen. Als von sozialdemokratischer Seite gestern wieder Erweiterungen gefordert wurden, erklärte der Oberbürgermeister, daß der Magistrat, im Falle ihrer Annahme wahrschein-

lich die ganze Vorlage zurückziehen würde. Um das zu verhindern und die Frauen endlich in die städtische Verwaltung zu bringen, fügte sich die Mehrheit dem Ausschußantrag.

Zu Beginn der Versammlung wurden die neugewählten Stadtverordneten Varrinspeltor Gerhardt und Geheimer Rechnungsrat Franz in ihre Ämter eingeführt.